

Dr. Natalie Davidson, Universität Tel Aviv, „Der Krieg in Gaza und der globale Waffenhandel“, 21.8.2025

Vorwort:

Hallo zusammen und willkommen zu „Eyes on Gaza“, unserem täglichen Treffen, das Protest und Lernen verbindet. Heute beenden wir die neunte Woche unserer Reihe. Das heißt, wir haben 45 Redner gehört, die uns die Augen geöffnet, aber auch auf dem Herzen gelegen haben, über die verschiedenen Aspekte der aktuellen Ereignisse in Gaza, sowohl nah als auch fern. Heute sprechen wir mit Dr. Natalie Davidson von der juristischen Fakultät der Universität Tel Aviv. Natalie ist spezialisiert auf Verfassungsrecht, internationales Menschenrecht und die rechtliche Regulierung des Waffenhandels. Ein wichtiger Zusammenhang, über den wir bisher noch gar nicht gesprochen haben. Natalie wird acht Minuten sprechen, danach bleibt Zeit für eine kurze Diskussion. Ich erinnere Euch daran, dass Ihr im Chat Fragen stellen könnt, die ich Natalie später vorlesen werde. Vielen Dank, dass Du zu uns gekommen bist, Natalie, Du hast das Wort.

Vortrag:

Vielen Dank. Guten Tag allerseits und danke an die Organisatoren für die Gelegenheit, hier sprechen zu dürfen. Ich werde den kurzen Vortrag mit einer Powerpoint-Präsentation begleiten. Ich erforsche das Thema Völkerrecht, und für viele meiner Freunde, viele Völkerrechtler, symbolisiert die Situation in Gaza eine tiefe Krise nicht nur für die Menschheit, sondern auch für ihre berufliche Laufbahn. Es kommt zu eklatanten Verstößen gegen das Kriegsrecht und der Begehung internationaler Verbrechen ohne angemessene Reaktion der internationalen Gemeinschaft. Heute möchte ich jedoch speziell über einen Bereich des Völkerrechts sprechen, in dem es Anzeichen für eine Umsetzung der Regeln gibt. Und dieser Bereich ist die Regulierung des internationalen Waffenhandels. Ich werde erklären, dass diese Regeln Länder dazu veranlassen, Waffenexporte nach Israel zu stoppen oder zu begrenzen, um nicht zur Zerstörung in Gaza beizutragen. Meine Botschaft ist nicht, dass alles wunderbar ist und alles funktioniert und dass uns das retten wird. Vielmehr möchte ich auf eine interessante Entwicklung hinweisen, die auch Anlass zu Aktion und Aktivismus bietet. Wenn ich Zeit habe, werde ich damit schließen.

Zunächst einige Fakten zum globalen Waffenhandel. Dieser Bereich leidet unter einem erheblichen Mangel an Transparenz, doch laut den veröffentlichten Informationen mit den aktuellsten Daten aus dem Jahr 2022 handelt es sich um ein Handelsvolumen von mindestens 138 Milliarden Dollar pro Jahr. [Auf der Folie] sehen Sie [eine Grafik, die] eine eher historische Betrachtung der Veränderung des Handelsvolumens zeigt. Die Zahlen links [der Grafik] stellen keinen Geldwert dar, sondern einen zusammengesetzten Indikator, der die militärische Leistungsfähigkeit abbilden soll. Ich möchte Ihnen hier zeigen, dass es am Ende des Kalten Krieges einen deutlichen Rückgang gab und seit dem 11. September und dem Irak-Krieg ein stetiger Anstieg zu verzeichnen war. Und hier – Sie sehen es noch nicht, es wird bei der nächsten Veröffentlichung dieser Grafik sichtbar – gab es in den letzten zwei Jahren nach dem russischen Angriff auf die Ukraine eine sehr erhebliche Aufrüstung. Europa rüstet auf, ebenso wie andere Regionen der Welt. Israel spielt in diesem Handel eine sehr bedeutende Rolle. Ich werde die Zahlen hier nicht nennen, die Rangliste finden Sie hier auf der Folie. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Hauptlieferanten die Vereinigten Staaten und Deutschland sind und in viel geringerem Umfang auch andere Länder, darunter Italien. Israel importiert viele Dinge aus dem Ausland, vor allem schweres Gerät wie Flugzeugträger, Schiffe und dergleichen.

Das Völkerrecht steht dem Waffenhandel traditionell sehr zurückhaltend gegenüber. Einerseits sind Frieden und Abrüstung offizielle Ziele der UNO. Andererseits erkennt die UN-Charta das Recht auf Selbstverteidigung an. Und wer formuliert das Völkerrecht? Wer legt die Regeln fest? Es sind die Staaten selbst, und sie setzen sich keine Grenzen. Es gibt jedoch eine sehr aktive Zivilgesellschaft

in diesem Bereich. Eine ihrer größten Errungenschaften ist der 2014 in Kraft getretene neue Vertrag über den Waffenhandel [<https://thearmstradetrety.org/>]. Israel ist nicht Vertragspartei, aber das spielt für die heutige Diskussion keine Rolle. Ziel ist es, den Transfer und Verkauf von Waffen an Orte zu beschränken, an denen die Möglichkeit besteht, dass Waffen für Verstöße gegen das Völkerrecht eingesetzt werden. Es ist wichtig zu verstehen, dass in jedem Staat, von dem ich gehört habe, jedem Staat mit einem funktionierenden Rechtssystem, der Verkauf von Waffen, die die Landesgrenzen überschreiten sollen, eine Lizenz des jeweiligen Landes erfordert und unter dessen Aufsicht erfolgt. In diesem Vertrag wird festgelegt, wie diese Überwachung erfolgen soll.

Ich möchte darauf hinweisen, dass alle Länder der Europäischen Union diesem Vertrag angehören und ihm unterliegen. Zunächst einmal ist ihnen gemäß Artikel 6 Absatz 3 ausdrücklich die Weitergabe von Waffen verboten, wenn ihnen bekannt ist, dass die Waffen zur Begehung von Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingesetzt werden. Diese Klausel ist kaum anwendbar, da sie Wissen voraussetzt, insbesondere Wissen über die Begehung dieser Verbrechen, die per Definition schwer nachzuweisen sind. Wichtig für unseren Fall ist jedoch Artikel 7, der besagt, dass der Staat in allen anderen Fällen bei der Erteilung einer Lizenz für einen Waffenverkauf prüfen muss, ob das Risiko besteht, dass die Waffen zur Begehung einer schweren Verletzung des Kriegsrechts oder der Menschenrechte eingesetzt werden. Besteht ein solches „overriding risk“, wird die Transaktion nicht genehmigt. Es war nicht klar, was „overriding risk“ ist. Die Staaten haben es etwas vage formuliert. Seit Oktober 2023 beobachten wir jedoch eine zunehmende Umsetzung dieser Klausel.

Sie haben wahrscheinlich schon von einigen dieser Entscheidungen gehört. Vor allem europäische Länder, aber auch Kanada und das nicht mehr zur Europäischen Union gehörende Vereinigte Königreich, haben Lizenzen an Israel widerrufen oder Waffenlieferungen an Israel gestoppt, um nicht zur Zerstörung im Gazastreifen beizutragen. Dies geschah gemäß Artikel 7 oder einem anderen Artikel des Gesetzes zur Umsetzung von Artikel 7. Und selbst wenn sich ein Land weigert, dem nachzukommen, wie im Fall der Niederlande, gelang es zivilgesellschaftlichen Organisationen und Menschenrechtsorganisationen, ein Gericht davon zu überzeugen, dem Land die Einstellung der Exporte nach Israel anzuordnen. So geschehen in den Niederlanden. Ein Verwaltungsgericht in Den Haag ordnete an, dass die niederländische Regierung keine Teile der F-35 mehr an Israel liefern darf. Interessant ist dabei, dass das Gericht Artikel 7 des Vertrags sehr weit auslegte: Die Verpflichtung zur Prüfung der Aussichten besteht nicht nur wie im Vertrag verankert bei der Erteilung einer Lizenz, sondern auch danach. Mit anderen Worten: Eine Lizenz kann widerrufen werden. Das Gericht stellte zudem klar, dass ein übergeordnetes Risiko ein eindeutiges Risiko bedeutet. [Das bedeutet], dass es überhaupt nicht nötig ist, zu beweisen, dass Israel gegen das Völkerrecht verstoßen hat. Es ist nicht nötig, einen Völkermord zu beweisen. Es besteht ein Risiko. Und man kann dies auf vergangenes Verhalten stützen. Das Gericht stützte seine Entscheidung auf die zahlreichen Anhörungen vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, die Zwischenentscheidungen des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag im Verfahren, das Südafrika initiierte und zahlreiche UN-Berichte.

Was bedeutet das für uns? Zunächst einmal denke ich, dass man den Menschen in Israel, wenn über ein Waffenembargo gesprochen wird – und Deutschland seine Waffenlieferungen eingestellt hat –, erklären muss, dass diese Entscheidungen begrenzt und an Bedingungen geknüpft sind. Es sind keine umfassenden Entscheidungen, mit Ausnahme Spaniens. In den meisten anderen Ländern hingegen sind diese Entscheidungen auf Israels Verhalten im Gazastreifen zugeschnitten. Das heißt, sie sind an Bedingungen geknüpft, und sobald der Krieg endet und keine ernsthaften Verstöße gegen das Kriegsrecht mehr zu befürchten sind, werden die Waffenexporte nach Israel wieder aufgenommen. Diese Entscheidungen beruhen auf Rechtsnormen. Natürlich gibt es hier politische Fragen und politische Motive, aber das ist nicht vom Himmel gefallen, und nicht Antisemitismus. Es beruht auf Rechtsnormen. Auch wenn man sich außerhalb Israels befindet oder Einfluss auf das Geschehen außerhalb Israels nehmen kann, ist dies meiner Meinung nach ein sehr wichtiger Kanal, um zu versuchen, den Waffenexport nach Israel zu begrenzen und Druck auszuüben, die Kämpfe zu

beenden und sie anders zu steuern. Hier sind die Links zu den Websites, die ich empfehle, wenn Ihr in diesem Zusammenhang mehr erfahren möchtet:

- <https://www.forumarmstrade.org/>
- <https://caat.org.uk/>
- <https://www.sipri.org/>

Vielen Dank.